

Dr. Michael Wolf, 16.10.2021

## Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof,  
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

wer kennt es nicht: "Wind of Change", ein Lied das 1990 die Hitlisten gestürmt hat. Es bezog sich auf die damalige Situation mit dem Umbruch in der Sowjetunion, dem Wechsel vom Gegner zum potenziellen Partner, den Chancen, die in einem solchen Umbruch stecken.

Diesen „Wind of Change“ kann man auch heute fühlen. Änderungen scheinen sich an vielen Stellen gleichzeitig anzubahnen. Ob einem der Wind dabei ins Gesicht bläst oder aber wohl-tuend in den Rücken, ist ganz von der Person und der Situation abhängig. Man fühlt ihn so-wohl in unserer Kirche aber auch in der Zivilgesellschaft.

Lassen Sie mich heute den Blick zuerst auf unsere Gesellschaft werfen. Deutschland hat ge-wählt und für neue Mehrheiten im Parlament gesorgt, die wohl zu einem Regierungswechsel führen werden.

Man kann zum Wahlergebnis stehen, wie man will, aber hier zeigt sich, wie effektiv Demo-kratie sein kann. Hier gibt die eine Seite die Macht auf und gibt sie an die „Gewinner“ der Wahl ab. Das ermöglicht neue Ansätze, einen Wechsel des Standpunkts, ein geändertes Vorgehen und alles das, ohne sich eingestehen zu müssen, dass eine vorhergehende Ent-scheidung vielleicht einfach falsch war. Wenig ist für die Ewigkeit, einige Entscheidungen werden uns auf lange Frist binden – ich denke hier insbesondere an die Begrenzung der Erderwärmung – und Vieles muss schnell umgesetzt werden. Winston Churchill hatte schon recht mit seiner Bemerkung, dass die Demokratie die schlechteste aller Staatsformen sei – mit Ausnahme all derer, mit der es die Menschheit zuvor versucht hat.

Aber: Deutlich mehr als 10 % der Wähler haben sich in dieser Wahl für Parteien ent-schieden, bei denen nicht wirklich feststeht, ob sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Verschwörungstheorien, kruder Nationalismus oder eine „Deutschland zuerst“ Politik werden von diesen Parteien vertreten. Was in meinen Augen noch schlimmer ist: Sie bieten politische Heimat für Ideen, die wir schon seit Jahrzehnten überwunden gehalten haben, die aber in der jüngsten Vergangenheit immer wieder aufgeflammt sind. Ich denke hier ins-besondere an den Antisemitismus. Unsere Gesellschaft kann und darf nicht tolerieren, dass eine Person aufgrund ihrer religiösen Überzeugung oder auch Herkunft angegriffen wird, dass ihm gesellschaftliche und persönliche Rechte in Abrede gestellt werden. Denken wir zurück: In diesen Tagen jährte sich der Anschlag in Halle zum zweiten Mal. Eine neue Regierung muss sich dieses Phänomens annehmen und für dessen Bekämpfung sorgen.

Daneben warten weitere Aufgaben auf eine neue Regierung:

Deutschland ist ein reiches Land. Wir haben finanzielle und technische Möglichkeiten wie nur wenige andere Länder auf der Welt. Trotzdem hat sich die Schere zwischen Arm und Reich über die Zeit weiter geöffnet. Wir müssen den gesellschaftlichen Blick – wie es auch unser Papst für unsere Kirche fordert – auf die Ränder der Gesellschaft richten. Wir müssen die in den Fokus nehmen, die bislang vernachlässigt oder mit „milden Gaben“ ruhig gestellt wurden. Wie man auf der Webseite des Statistischen Bundesamts nachlesen kann, waren 2019 – für das die letzten Zahlen vorliegen – in Deutschland 17,4 % von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das ist eine Zahl, die einen schwindelig machen kann.

Gleichermaßen gilt diese Forderung auch für unseren Umgang mit anderen Ländern. Es ist notwendig, anderen Ländern mit einer Entwicklungshilfe unter die Arme zu greifen, die die Bevölkerung erreicht, welche die wirtschaftlichen Gründe für Flucht bekämpft, um die Bevöl-

kerung nicht den massiven Gefahren einer unkontrollierten Flucht oder Migration aussetzen und in die Arme von Schleusern zu treiben. Das Ziel der Hilfe muss sein, dass die gesamte Bevölkerung und nicht nur eine kleine Gruppe profitiert.

In diesem Zusammenhang muss sich eine neue Bundesregierung auch um die Flüchtlingsfrage auf deutscher und europäischer Ebene kümmern. Die kommende Bundesregierung kann nicht akzeptieren, dass unkontrollierte Rückschiebung von Flüchtlingen an den Grenzen der Europäischen Union stattfindet. Wenn dies auch noch durch staatliche Organe mit einer nie gekannten Härte geschieht, dann setzen wir uns ins Unrecht – auch wenn es nicht die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland sind. Hier muss uns unsere Geschichte Wegweiser sein. Auch viele Deutsche verdanken ihr Überleben in Freiheit der Bereitschaft eines anderen Landes Asyl zu gewähren – und viele mussten während des „Tausendjährigen Reichs“ sterben, weil kein Staat bereit war, diese Flüchtlinge aufzunehmen.

Gleichzeitig müssen wir unseren Partnerländern mit den betroffenen Grenzen helfen. Wir können nicht die Augen vor den Lasten verschließen, die diese Länder tragen müssen. Die Unterbringung und Behandlung Asylsuchender muss deutlich verbessert werden. Nur so kann der Auftrag des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ erfüllt werden, der als allgemeingültige Aussage über Deutschland hinaus reicht.

Es gibt gesellschaftlich viel zu tun – aber wir müssen es gemeinsam tun. Hier können wir beweisen, dass Kirche noch eine relevante Rolle in unserer Gesellschaft spielt und dass wir der Menschlichkeit verpflichtet sind. Und damit bin ich beim zweiten Teil dieses Berichts, der sich mit innerkirchlichen Themen befasst.

Auch hier ist der eingangs angesprochene „Wind of Change“ zu spüren. Zumindest der Wind ist da, ob wir als Kirche auch ein Segel hissen können, das diesen Wind nutzt, muss sich noch zeigen.

Der Papst hat mit der Weltbischofskonferenz gestartet, die unter dem Thema „Synodalität“ steht. Die kirchliche Hierarchie soll beginnen, auf das Volk zu hören. Ob die Kirche hier wirklich auf die Kirchenmitglieder hört, scheint schon manchmal fraglich. Die Entscheidungen in der jüngsten Vergangenheit in der Causa Woelki lassen daran zweifeln.

Synodalität: In Deutschland, in den demokratisch sozialisierten Staaten klingt dies stark nach „Demokratie“, also Herrschaft des Volkes. Unser Papst Franziskus weist schon einmal vorsorglich darauf hin, dass Synodalität nicht gleich Demokratie ist. Leider hat er damit Recht. Hier gibt es zwischen Profis und dem Rest der katholischen Gesellschaft in Deutschland unterschiedliches Verständnis – oder wie Andreas Wacker so trefflich formuliert: einen unterschiedlichen Zeichenvorrat. Aktuell bleibt uns wohl nur, im Rahmen unseres Synodalen Prozesses Verbesserungsvorschläge zu machen und zu hoffen, dass der Heilige Geist Einsicht für alle Beteiligten bringt.

Problematisch ist aus meiner Sicht auch, dass der vorgegebene Zeitplan eine umfassende Einbindung des Kirchenvolks – und gerade deren Wünsche und Bedürfnisse werden ja gerade abgefragt – so gut wie unmöglich macht. Innerhalb einer dreimonatigen Frist sollen die 10 Leitfragen bearbeitet und dann über die Deutsche Bischofskonferenz gebündelt im Frühjahr 2022 nach Rom gesendet werden. Dies ist für einen geordneten, umfassenden und bis zu den Gemeinden reichenden Prozess nicht ausreichend. Hier hat sich die Diözese Würzburg entschieden – und unter den genannten Randbedingungen schließe ich mich dieser Entscheidung an – die Bearbeitung der Leitfragen über die verschiedenen Räte zu lösen.

Ich appelliere hier an alle, an diesem Prozess teilzunehmen und ihre Meinung klar und hörbar zu vertreten. Auch wenn wir hier schon durch viele Kommunikations- und Dialogprozesse mit mehr oder weniger großem Erfolg gegangen sind, würde eine Nicht-Teilnahme

uns schlecht zu Gesicht stehen. Wie, wenn nicht auf diese Weise, können wir unsere Wünsche bis ins ferne Rom tragen, das sich ansonsten hinter dicke Mauern und einem trägen Verwaltungsapparat zurückzieht und das die Welt manchmal sieht, wie es ihnen gefällt.

Zu fragen ist in jedem Fall, wie mit unseren Antworten und Anregungen weiter verfahren wird. Einfach weickspülen und dann weitermelden darf nicht geschehen. Das würde die Teilnehmer nur noch weiter frustrieren. Immer mehr Menschen verlassen die Kirche, darunter nun auch solche, die sich viele Jahre freiwillig engagiert haben, die Pfarrgemeinderäte, Dekanats- und Diözesanräte waren. Das sind die Alarmglocken, die wir alle hören müssen, die Fingerzeige, die uns ein Überdenken unserer Handlungsweisen und Doktrinen nahebringen muss.

Problematisch für diesen weltweiten Synodalen Prozess ist, aus meiner Sicht, dass die Bedürfnisse regional durchaus unterschiedlich sind. Bischof Dr. Franz Jung ist erst vor Kurzem aus Mbinga zurückgekehrt und wird sicherlich bestätigen, dass dort sowohl die gesellschaftlichen als auch die kirchlichen Anforderungen anders sind als die hier in Würzburg. Gleiches wird auch der Fall sein, wenn Bischof Bahlmann die Situation in Obidos mit unserer hier vergleicht.

Hier wird aus meiner Sicht mittelfristig das Bild der einheitlichen Weltkirche durch ein Bild der Einheit in Vielfalt ersetzt werden müssen. Das Evangelium ist sinnstiftend in allen Regionen unserer Welt. Die Ausformung der kirchlichen Strukturen dagegen ist erst über der Zeit ins Sakramentale überhöht worden. Gehen wir in unserer Geschichte zurück und analysieren wir, wie sich die Kirche an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst hat, um ein effektives Wirken und Überleben sicherzustellen. Hier sollte es, ja darf es, keine Denkverbote geben. Unsere Gesellschaften sind zu unterschiedlich, um sie alle gleichzuschalten.

Wie viel Gegenwind wir aktuell haben, gesellschaftlich wie innerkirchlich, erleben wir ja fast jeden Tag in den Nachrichten.

Die vor kurzem veröffentlichte Missbrauchsstudie in Frankreich, die von bis zu 330.000 Opfern spricht, hinterlässt auch in unseren Zeitungen ihre Spur und wird Einfluss auf unsere Kirchenmitglieder haben. Wäre die katholische Kirche in Deutschland in einer Sonderposition mit dem Missbrauch und würden andere Länder nicht darunter leiden, wäre vieles einfacher. So aber ergibt sich eine unerbittliche Reihe von Ländern, in denen die Katholische Kirche dieses Problem hat: Deutschland, Frankreich, Irland, USA und die Reihe lässt sich weiter fortsetzen. Hier von einem punktuellen oder rein personenspezifischen Problem zu sprechen, kann nicht sein. Wir als Kirche, als Organisationsform der Katholiken, zeigen hier ein systemisches Versagen, dem wir uns stellen müssen. Denken wir daran: Die Kirche – und damit wir – hat einen moralischen Anspruch, dem wir gerecht werden müssen, um glaubwürdig zu sein.

In diesem Zusammenhang ist es – um es mit Abraham Lincoln zu sagen – passend und richtig, dass sich der deutsche Synodale Prozess, ausgelöst durch die Aufdeckung des Missbrauchs, mit den Kernproblematiken unserer kirchlichen Organisation auseinandersetzt. Es ist notwendig, dass die verschiedenen Meinungen, die dort aufeinanderprallen auch ausdiskutiert werden. Eine einfache Lösung durch eine Entscheidung kirchlicher Hierarchie ist nicht angebracht. Die Themen, die aktuell behandelt werden, spiegeln die Probleme im Rahmen des Missbrauchs wider und müssen offen und schonungslos analysiert werden. Notwendige Maßnahmen müssen klar benannt werden, damit Ross und Reiter bekannt sind und anschließend auch umgesetzt werden.

Generell stellt sich für uns die Frage, ob die kirchliche Organisation und die kirchlichen Prozesse so sein müssen, wie sie gerade sind. Aus meiner Sicht: Ein klares Nein. Die Kirchengeschichte zeigt so viele Spielarten der Organisation, dass ich fast alles – von der Demo-

kratie bis hin zur monarchischen Struktur – historisch begründen kann. Machen wir nicht den Fehler, dass wir in Organisationsdingen Absolutheitsansprüche definieren. Eine Einheit in Vielfalt ist notwendig. Und aus persönlicher Sicht bedeutet das für mich, dass mehr in die Entscheidung des Einzelnen gestellt wird.

Nehmen wir das Thema Zölibat, das wie ein Heilsbringer diskutiert wird. Im Grunde der Sache geht es nicht darum, ob ein Priester verheiratet ist oder nicht. Es geht um die Frage, darf er heiraten oder nicht, wer bestimmt über wen. Es geht um die Frage, wie die Leitungsstruktur der Kirche aussieht, ob ein Priester seinem Bischof „Respekt“ entgegenbringt oder „Ehrfurcht“ – wie er es heute bei der Priesterweihe verspricht. Es geht um die Frage, ob Laien eine Pfarrgemeinde leiten können oder nicht. Es geht um die Frage des Geschlechts – können aus heutiger Sicht Frauen von Diensten ausgeschlossen werden, nur weil sie Frauen sind? Selbst in der früheren Männerbastion Bundeswehr können Frauen heute jeden Dienst übernehmen. Vom Infanteristen bis zum Strahlflugzeugführer. Hier kommt es ausschließlich auf die Eignung an. Und lassen Sie mich ein Beispiel aus meiner beruflichen Tätigkeit geben: Die mir zugeordneten Abteilungen werden überwiegend von Frauen geleitet – umfassend und mit Personalverantwortung. Sie machen ihren Job keinen Deut schlechter als ihre männlichen Kollegen. Und was die Kirchengeschichte angeht, da gibt es ebenfalls kein einheitliches Bild, wie man uns gerne glauben machen will. Da gibt es Maria Magdalena, die Apostola Apostolorum, die zu der Gruppe gezählt wird, von der die Bischöfe ihr Amt ableiten. Oder, etwas näher am Heute, die Äbtissinnen von Burgos oder Santa María la Real de Las Huelgas, die neben dem Stab auch die Mitra zustand und die unter die Prälaten der Kirche gerechnet wurden. Ganz zu schweigen vom Recht das Evangelium in der Messe zu verkünden und zu predigen – Aufgaben für die auch damals schon die Diakonweihe vorausgesetzt wurde.

Generell werden viele Fragen beantwortet, wenn die Machtfrage geklärt ist. Organisation muss sein, eine große Menge Menschen, die wir in der katholischen Kirche sind und bleiben wollen, braucht Organisation. Die Frage wird sein, wer ist wem und in welchem Umfang verantwortlich. Hier sehe ich den meisten Änderungsbedarf, aber auch die größten Chancen und Probleme. Und wenn ich nach Köln blicke, stellt sich mir die Frage: Wie viel Rückhalt muss eine Führungsfigur bei seinen Mitarbeitern und den Gläubigen haben, damit das „Projekt Kirche“ gelingen kann?

Wichtig ist aber auch, dass wir im laufenden deutschen Synodalen Prozess nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Ausscheren aus den Diskussionen geht meiner Ansicht nach nicht. Wenn ich also das Gefühl habe, dass ich allein stehe mit meiner Meinung, dann sollte ich mich fragen: Warum? Bin ich mit meinen Ideen der Masse meiner Gedanken so weit vorgeprescht, dass mir keiner folgen kann oder bin ich stehen geblieben, wenn die anderen sich bereits auf den Weg gemacht haben? In beiden Fällen muss ich meine Position überdenken und versuchen meine Gesprächspartner zu überzeugen. Ausscheren und eigene Gegenpositionen im Internet veröffentlichen, ist nicht hilfreich.

Lassen Sie mich aber am Schluss dieses Berichts nochmal auf eine erfreuliche Sache zurückkommen, es gibt auch positive Nachrichten.

Bereits 1951 hat der damalige Bundespräsident Theodor Heuss den „Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland“ gestiftet. Mit diesem werden Personen ausgezeichnet, die sich auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, geistigem oder ehrenamtlichem Gebiet besonders ausgezeichnet haben.

Dr. Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, wurde vor Kurzem diese Ehrung zuteil. Hierzu möchte ich recht herzlich gratulieren. Ich freue mich, dass seine Arbeit hierdurch gewürdigt wird. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass der Vorstand des Diözesanrats bereits den Dialog mit Dr. Schuster begonnen hat. Als

Würzburger Gremium haben wir die besondere Möglichkeit dies „auf kurzem Dienstweg“ zu tun, wofür wir dankbar sind. Aktuell sind wir in der Terminklärung, um den durch Corona unterbrochenen Dialog fortzusetzen.

Im Juli wurde auch Frau Dr. Anke Klaus für ihren unermüdlichen Einsatz für den SkF mit dieser Auszeichnung geehrt. Ich möchte meine Glückwünsche hierzu gerne auch in diesem Rahmen offiziell zu Gehör bringen. Ich durfte der Verleihung beiwohnen und bin noch immer massiv beeindruckt, welchen Einsatz sie über die Jahre gezeigt hat. Ich glaube, hier passt das Wort „unermüdlich“ extrem gut. Mit dieser Auszeichnung haben die Offiziellen meiner Meinung nach die Richtige geehrt.

Frau Dr. Klaus hat zudem im letzten Jahr den päpstlichen Silvester-Orden erhalten, der – man höre und staune – schon seit 1993 auch an Frauen verliehen werden kann. Allerdings scheint das Gerücht, dass Frau Dr. Klaus nun die Stufen zum Petersdom auf einem Pferd hinaufreiten darf, wohl wirklich nur ein Gerücht zu sein. Ich glaube, sie hätte bei den aktuellen Sicherheitskontrollen ein Problem mit der Größe der Metalldetektoren am Eingang zum Petersplatz. Was das Nadelöhr für das Kamel ist der Metalldetektor fürs Pferd.

In diesem Sinne – und im Vertrauen auf den Heiligen Geist, der genau dann wirkt, wenn man glaubt, dass alles vergeblich sei – wünsche ich uns eine gute weitere Sitzung und den zuvor angesprochenen Synodalen Prozessen ein gutes Gelingen und allen Beteiligten die Gabe der Weisheit und der Einsicht.